



Zukunft gestalten – schulische **Bildung fördern**

**Beschluss des Parteitages der SPD Thüringen
vom 3. November 2001 in Suhl**

SPD Thüringen
Dalbergsweg 8
99084 Erfurt

www.spd-thueringen.de



Der grundlegende Wandel in allen gesellschaftlichen Bereichen führt zu tiefgreifenden Veränderungen von sozialen Strukturen und Beziehungen, von Arbeitsleben und Freizeit. Bildungspolitik muss gesellschaftliche Bedingungen gestalten und sich an den damit verbundenen Herausforderungen orientieren.

Bildung und Wissen, fachliche und soziale Kompetenzen werden eine immer wichtigere Quelle für Lebensperspektiven, Leistungsfähigkeit und Erfolg. In einer Wissensgesellschaft bieten sie dem Einzelnen Chancen für persönliche und berufliche Entwicklung. Deshalb sind gesellschaftliche Aufwendungen für die Bildung im 21. Jahrhundert entscheidende Zukunftsinvestitionen.

Bildung und Qualifikation haben immer die Entwicklung der Persönlichkeit, die Teilhabe an der Gesellschaft und die Beschäftigungsfähigkeit zum Ziel. Diese drei Aspekte lassen sich nicht voneinander trennen. Im weltweiten Wettbewerb wird Bildung immer deutlicher zu einem Standortfaktor ersten Ranges. Anknüpfend an die internationale Debatte über die Zukunft der Bildung wollen wir uns dieser Herausforderung stellen um dazu beizutragen, die Thüringer Schule im nationalen und internationalen Vergleich an die Spitze zu führen. Wir sind gefordert, unseren Bildungszielen und Inhalten eine Europäische Dimension zu geben und Bildungsqualität und Bildungschancen im europäischen Kontext fortzuentwickeln. Dabei werden wir das Thüringer Schulsystem in seiner grundlegenden Struktur erhalten, in seiner Qualität aber entscheidend verbessern.

Wir wollen beim Wettbewerb um die besten pädagogischen und bildungspolitischen Lösungen stärker als bisher auch den Vergleich zwischen und die Kooperation mit den Bundesländern und den europäischen Nachbarn suchen, sowohl auf der Ebene der einzelnen Bildungseinrichtungen als auch auf der des Bildungssystems insgesamt.

Die Bildungspolitik der Thüringer CDU und ihrer Landesregierung hat im Freistaat zu einer Krise des Bildungssystems geführt. Zur Zeit entwickeln sich die Leistungsbereitschaft vieler Schüler und die Motivation vieler Lehrer nicht entsprechend den gesellschaftlichen Anforderungen. In Thüringen sinken die Ausgaben für Bildung und fehlen zukunftstaugliche Entwicklungs- und Personalkonzepte. Die Weiterentwicklung der Schulreform ist nach Meinung breiter Teile von Öffentlichkeit und Wirtschaft, von Eltern, Schülern und Lehrern zu Stillstand gekommen. Dieser Trend muss umgekehrt und in den Bildungssektor wieder langfristig und zukunftsweisend investiert werden.

Die SPD will diese Fehlentwicklung aufhalten und eine grundlegende Trendwende einleiten. Wir streben nach Chancengleichheit für alle, damit jeder die Möglichkeit erhält, seine Fähigkeiten zu entwickeln, die Zukunft mitzugestalten und dabei Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen eine Neuorientierung der Bildungsziele, in-



dem wir den Erziehungs-, Leistungs- und Wettbewerbsgedanken in der Schule und zugleich die Solidarität mit Leistungs- und Lernbehinderten stärken.

Die Thüringer Schule braucht eine Qualitätsoffensive, die zu einer neuen Lehr- und Lernkultur führt und die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Schüler stärkt. Daraus ergeben sich sowohl für staatliche Schulen als auch für Schulen in freier Trägerschaft verstärkte Förderung und höhere Ansprüche. Bildung ist deshalb ein Schwerpunkt unserer Landespolitik.

Die Bildungsinitiative der SPD Thüringen widmet sich in ihrer ersten Phase den Entwicklungsproblemen der Thüringer Schule. Die Schulpolitik der SPD ist deshalb auch Gegenstand dieses Antrags. Die Belange der Vorschulerziehung, der Berufsbildung, der Hochschulbildung, der Erwachsenenbildung und des über Schule hinausgehenden lebenslangen Lernens werden in den nächsten Jahren Schwerpunkte der politisch programmatischen Arbeit des SPD-Landesverbandes im Bereich der Bildung sein.

Die SPD Thüringen stellt folgende zehn Leitlinien in den Mittelpunkt ihrer Schulpolitik:

1. Alle Schüler fordern und fördern – sozial gerecht und leistungsorientiert
2. Moderne Bildung und demokratische Erziehung verlässlich verbinden – Inhalte modernisieren, Kulturtechniken sicher aneignen, Kompetenzen stärken
3. Demokratie erleben und erlernen – Mitwirkung von Schülern, Eltern und Öffentlichkeit ausbauen
4. Volle Unterrichtsversorgung sichern – Stundenausfall verhindern
5. Eigenverantwortung der Schulen stärken – Leistung und Wettbewerb fördern
6. Begabungen frühzeitig entdecken und entwickeln – Vielfalt der Fähigkeiten und Talente fördern
7. Schulen als Lebens- und Lernstätten ganztägig öffnen – Ganztagsschulentwicklung fördern
8. Wohnortnahe Schulen erhalten – Schulqualität an kleinen Schulen sichern
9. Den Lehrern und Erzieherinnen vertrauen – sichere Berufsperspektiven schaffen, Leistung belohnen, Arbeitsbedingungen verbessern, Fortbildung fördern
10. Schulen kommunal vernetzen – Schulen sanieren und modern ausstatten

1. Alle Schüler fordern und fördern – sozial gerecht und leistungsorientiert

Leistungsorientierung und Chancengleichheit sind Bestandteile einer modernen Bildungspolitik. Sie sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Ihr Gleichklang ist ein zentrales Projekt sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Alle Schülerinnen und Schüler sind entsprechend ihrer individuellen Leistungsfähigkeit und Begabungen umfassend zu fordern und zu fördern. Dabei muss sich das Maß an Leistungsanforderungen am Lern- und Leistungsvermögen ausrichten. Den Starken muss die Chance gegeben werden, ihre Leistungskraft auszubauen. Den Schwächeren müssen alle Chancen gegeben werden, ihre Fähigkeiten zu erschließen. Wir wollen die Chancengleichheit durch stärkere Modularisierung und Durchlässigkeit der Bildungswege verstärken.

Wir werden die Verbindlichkeit des Bildungsauftrages der Kindertagesstätten erhöhen, um über spielerisches Lernen gezielt Bildungspotentiale zu wecken und zu fördern. Durch eine flexiblere Gestaltung der Schuleingangsphase ist ein erfolgreicher Schulbeginn für alle Schüler zu gewährleisten.

Wir wollen für die Grundschule und für die anderen Schularten stufenspezifische Leistungsziele klarer definieren, dazu gehört die Niveaubestimmung grundlegender Kulturtechniken und Kompetenzen. Entsprechend den Bedürfnissen von Schulträgern und Eltern wollen wir über die Grundschulzeit hinaus längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Dazu gehört, dass die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg der Schüler (Zugang zum Gymnasium oder zur Regelschule) erst nach Abschluss der 6. Klasse ermöglicht wird.

Die Überwindung der Trennung zwischen Hauptschul- und Realschulklassen ist zu fördern. Durch ein freiwilliges zehntes Schuljahr bieten wir allen Schülern die Möglichkeit zum Erwerb eines mittleren Schulabschlusses an.

Keine Schulform, kein Bildungsgang kann auf die Hinführung zur Arbeitswelt verzichten. Technische, wirtschaftliche und politische Bildung muss obligatorischer und durchgängiger Bestandteil aller Schularten sein.

Eine frühzeitigere und qualifizierte Berufsorientierung und Berufsberatung muss den Entwicklungen der modernen Arbeitswelt Rechnung tragen.

Alle Schülerinnen und Schüler der Gymnasien, die die für den Erwerb der Hochschulreife notwendige Qualifikation im Grundfach- und Leistungsfachbereich erreicht haben, im Prüfungsbereich jedoch scheitern, wird ein dem Realschulabschluss gleichgestellter mittlerer Abschluss zuerkannt. Die bestehenden Regelungen zum Erwerb der Hochschulreife an Gymnasien, beruflichen Gymnasien und Gesamt-



schulen werden beibehalten. Die Thüringer SPD bekennt sich ausdrücklich zum Fortbestand des Zentralabiturs.

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen optimale pädagogische Zuwendung und Integration erfahren. Die Förderung von sozial benachteiligten sowie von lernschwachen Schülern durch schulische, außerschulische und sozialpädagogische Zusatzangebote wollen wir verbessern und ausbauen. Auch Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich des Lernens sollen einen Schulabschluss erhalten können, der ihnen durch Erlangen der Berufsreife den direkten Zugang zu einem Lehrverhältnis ermöglicht.

Die Wirkungsmöglichkeiten des sonderpädagogischen Dienstes sind zu erweitern.

Im Ergebnis müssen alle Schüler in die Lage versetzt werden, gesellschaftlich notwendige Mindestqualifikationen zu erwerben.

2. Moderne Bildung und demokratische Erziehung verlässlich verbinden – Inhalte modernisieren, Kulturtechniken sicher aneignen, Kompetenzen stärken

Die Schule der Zukunft muss die Heranwachsenden zu selbstverantwortlichem Handeln und zu einem sozialen Zusammenleben mit allen Bürgern befähigen. Dies gelingt nur, wenn wir die erzieherische Wirksamkeit der Schule stärken und ihre lebenspraktische Bedeutung erhöhen. Dazu werden wir eine tragfähige und praktikable Konzeption zur Einschätzung des Lernprozesses, der Arbeitsweise und des sozialen Verhaltens erarbeiten und in den Schulen umsetzen. Schule muss sich stärker ihrem Erziehungsauftrag im Sinne der Wertevermittlung, der Anleitung von Kindern und Jugendlichen zur Wertorientierung und Werteverwirklichung zuwenden. Die Schule muss verstärkt die Fähigkeit und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen vermitteln.

Alle Schüler müssen künftig neben der sicheren Beherrschung der grundlegenden Kulturtechniken und dem reflektierten Umgang mit den Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie vor allem die immer wichtiger werdenden Schlüsselqualifikationen wie Sozial- und Handlungskompetenz, Team- und Kommunikationsfähigkeit, Sprachkompetenz, vernetztes Denken, Verantwortungsbewusstsein, Konfliktfähigkeit und vor allem Lernfähigkeit und Lernbereitschaft erwerben.

Notwendige Voraussetzungen hierfür sind eine neue Lernkultur sowie Lernformen, die sich auf dem aktuellen Stand der pädagogischen und didaktischen Entwicklung bewegen. Verbunden mit traditionell Bewährtem sind dies vor allem offene, ganzheitliche Unterrichtskonzeptionen, Projekt- und Teamarbeit, jahrgangsübergreifender, fächerübergreifender und handlungsorientierter Unterricht sowie der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Alle Schularten pflegen beim

Unterrichten die innere Differenzierung. Dies gilt sowohl hinsichtlich lernschwacher, wie auch begabter Schüler.

Wir fordern einen Qualitätsschub für Thüringer Schulen, die Zahl der Schulabbrecher und der Schüler ohne schulischen Abschluss ist deutlich zu mindern. Es ist nachhaltiger zu gewährleisten, dass Schulabgänger aller Schularten in allen Fächern, insbesondere in Deutsch und Mathematik, über eine den Lehrplanziele entsprechenden Abschlussniveau verfügen. Die Berufs- und Ausbildungsfähigkeit vieler Schüler ist deutlich zu steigern.

Bei zurückgehenden Schülerzahlen sind Maßnahmen zur Steigerung des Anteils qualitativ höherwertiger Schulabschlüsse unverzichtbar. Dazu bedarf es zusätzlicher Maßnahmen zur Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem.

Durch die Einführung von klar definierten Standards einer kontinuierlichen Qualitätssicherung sowohl innerhalb der Schule als auch von außen muss das Streben nach einem möglichst hohen Niveau des Bildungs- und Erziehungsangebotes wirkungsvoll unterstützt werden. Im Vordergrund steht dabei die Steigerung der Unterrichtsqualität als Dreh- und Angelpunkt einer guten Schule. Unterrichtsgestaltung und Leistungserhebungen werden wir daraufhin überprüfen, wie statt des weit verbreiteten und wenig effizienten punktuellen Lernens Nachhaltigkeit und vernetztes Denken in den Vordergrund rücken können.

Die dafür notwendige Evaluation muss dem Ziel dienen, festgestellte Defizite im Unterrichtsgeschehen im Alltag einer Schule aufzudecken und erfolgversprechende Alternativen aufzuzeigen. Dazu bedarf es der Absprachen und Kooperationen über Lernziele und Abschlussstandards zwischen aufnehmenden und abgebenden Schulen und der ausbildenden Wirtschaft. Diese sind verbindlich zu vereinbaren und zu organisieren.

Auf der Grundlage von Rahmenvereinbarungen mit Kammern und Verbänden werden wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen, kommunalen und freien Trägern sozialer Arbeit systematisch und kontinuierlich ausbauen. Praktika in der Wirtschaft sollen Schülern und Lehrern aller Schularten Einblick in moderne Betriebe und Organisationen ermöglichen. Über Modellprojekte werden Bildungsangebote entwickelt, die stärker auf die unternehmerische Selbständigkeit vorbereiten. Die Lehrerfortbildung soll verstärkt durch Praktika in Unternehmen, durch den Austausch mit den Ausbildern in den Betrieben sowie durch regelmäßige Gesprächskreise, Betriebserkundungen oder Projekttag unterstützt werden.

Das gemeinsame Ausarbeiten von Unterrichtsprojekten, Vergleichsarbeiten und Bewertungsmaßstäben innerhalb einer Schule und zwischen Schulen in einer Region muss zur Regel werden. Nicht zuletzt müssen sich die Einzelschulen an regionalen, landesweiten, nationalen und internationalen Maßnahmen zur Vergleichbarkeit schulischer Bildung und zum Erreichen von Lernzielen beteiligen.



Mit der Grundschule beginnend werden wir den Erwerb mathematisch-naturwissenschaftlicher Kompetenzen systematisch aufbauen. Dazu werden wir Konzepte anregen, entwickeln und erproben, die nachhaltiger als bisher bei Schülerinnen und Schülern das Interesse und die Offenheit für naturwissenschaftlich-technische Fragestellungen vermitteln und einen besseren Zugang zu neuen Technologien ermöglichen.

Wir werden eine leistungsfördernde Multimedialinitiative auslösen, durch die Schüler mit zunehmender Kompetenz Wissen und Werte erschließen lernen. Dabei werden wir den Erwerb von Medienkompetenz zum unverzichtbaren Lernziel unserer Bildungsarbeit machen und damit auch verhindern, dass neue Medien neue soziale Ungleichheiten schaffen.

Auf der Grundlage landesweit gültiger Standards werden wir die Ausstattung aller Schulen mit neuen Medien, deren Pflege und ständige Erneuerung fördern. Für die Nutzung der neuen Medien werden wir ein umfassendes pädagogisches Konzept entwickeln. Ziel muss es sein, in allen Unterrichtsfächern Computertechnik zum täglichen Gebrauch verfügbar zu machen. Begleitend dazu werden wir ein didaktisch-methodisches Rahmenkonzept für den Einsatz neuer Medien im Unterricht entwickeln sowie die Vernetzung der Schulen untereinander verbessern.

Schule soll zukünftig stärker dazu beitragen, dass die junge Generation ihre gemeinsame europäische Identität begreift und aktiv am demokratischen Einigungsprozess Europas mitwirkt.

In einer immer stärker global agierenden Gesellschaft bildet Sprachkompetenz eine unerlässliche Voraussetzung, um den persönlichen und beruflichen Anforderungen gerecht zu werden. Sprachkompetenz schließt die Beherrschung der Muttersprache ebenso ein wie die von Fremdsprachen. Sprachkompetenz ist nur zu erreichen, wenn ein Konzept der Mehrsprachigkeit möglichst früh einsetzt. Unser Ziel ist es, altersgemäß die Anwendung von Fremdsprachen bereits in der ersten Grundschulklasse zu beginnen. Alle Schüler sollen am Ende ihrer Pflichtschulzeit eine Fremdsprache sprechen können. Fachunterricht soll auch in Fremdsprachen angeboten werden.

Zur interkulturellen Bildung und zur Stärkung der fremdsprachlichen Kompetenz werden wir die Teilnahme von Schulen an europäischen Bildungsprogrammen stärker fördern.

Die Schule der Zukunft muss neben den Chancen auch die Gefahren der modernen Gesellschaft für die Heranwachsenden erkennen und entsprechende präventive und unterstützende Sozialarbeit in ihren Einrichtungen anbieten bzw. ermöglichen. Dabei sollte die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit den Jugendämtern und den Trägern der Suchtberatung sowie der Jugendarbeit verbindlich einbezogen werden.



3. Demokratie erleben und erlernen – Mitsprache und Mitwirkung von Schülern, Eltern und Öffentlichkeit ausbauen

Die Schule ist Aneignungsfeld und Lebensstätte für demokratisches Bewusstsein und Handeln. Um dieser Gemeinschaftsaufgabe gerecht werden zu können, müssen demokratische Lernprozesse als erlebter Alltag etabliert werden. Durch Mitwirkung aller gesellschaftlichen Kräfte sollen die Schüler in den Bildungseinrichtungen Demokratie erlernen, erleben und mitgestalten. Sie müssen noch mehr ihrer Verantwortung für sich selbst und für die Gemeinschaft gerecht werden können.

Wir werden die Qualität der Schulen auch daran messen, wie alle Schüler in die Schulentwicklung einbezogen werden. Sie müssen erfahren und erleben, dass sie in die Verantwortung eingebunden sind. Der Schule und ihren Lehrkräften kommen aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages eine Schlüsselfunktion bei der Förderung entsprechender demokratischer Denk- und Handlungsweisen junger Menschen zu. Dabei stehen die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Mittelpunkt. Sie müssen Bestandteil einer demokratischen Schulkultur werden.

Um dem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden, müssen demokratische Lernprozesse als erlebter Alltag in der Schule – in und außerhalb des Unterrichts - als Querschnittsaufgabe etabliert werden.

Wir wollen die Entwicklung eines Schulklimas, in dem Demokratie zwischen den beteiligten Lehrern, Schülern und Eltern selbstverständlich erlebter und gelebter Alltag ist.

Wir werden dafür sorgen, dass die Erziehung zur Toleranz und gegen Gewalt, im Besonderen gegen Rechtsextremismus und gegen Fremdenfeindlichkeit das gesamte Schulwesen durchdringt. Deshalb werden wir ein entsprechendes Landesprogramm umsetzen. Wir werden engagiertes Handeln der Schulen und ihrer Lehrer gegen Rechtsextremismus und Gewalt rechtlich absichern.

Wir werden dafür sorgen, dass demokratische Institutionen, Verbände und Vereine stärker an der Demokratieentwicklung in den Schulen mitwirken können.

Wir wollen die Wirksamkeit der Schulkonferenzen bei der Schulentwicklung stärken und ihre Mitbestimmungsrechte erweitern. Die Bereitschaft und das Engagement der Schüler und Eltern in Ausübung ihrer Mitwirkung an der Schulentwicklung muss mehr anerkannt werden. Wir setzen uns für eine stärkere Unterstützung der Schüler- und Elternvertretungen durch den Schulträger ein.



Wir wollen unter Beteiligung externer Experten eine Kommission einrichten, die Vorschläge zur Stärkung der demokratischen Mitwirkung aller an Schule Beteiligten entwickelt.

Wir werden die Bildung von Schülerparlamenten fördern und deren Zusammenwirken mit Kommunalparlamenten unterstützen.

Wir werden die Fortbildungsangebote erweitern, durch die alle an Schule Beteiligte zu erweiterter Mitbestimmung und Kooperation befähigt werden.

4. Volle Unterrichtsversorgung sichern – Stundenausfall verhindern

Die Garantie eines qualifizierten Unterrichts für alle Schularten hat für uns oberste Priorität. Dabei darf sich guter Unterricht nicht nur auf die sogenannten Pflichtstunden beschränken, sondern der Schulalltag muss auch ein ausreichendes Angebot an Ergänzungs- und Förderunterricht gewährleisten. Dies lässt sich durch Anerkennung und Pflichtstundensoll erreichen.

Auf der Grundlage eines langfristig tragfähigen Personalentwicklungskonzepts werden wir den Unterrichtsausfall wirksam bekämpfen, die Unterrichtsversorgung garantieren, der Überalterung der Lehrkörper entgegenwirken und damit eine aufgabengerechte Personalausstattung unter den besonderen Thüringer Bedingungen gewährleisten.

Die weitere Personalbedarfsplanung werden wir nachvollziehbar und transparent an den wirklichen demografischen Veränderungen ausrichten. Dabei steht die Qualität der schulischen Arbeit und der Erhalt einer bildungspolitisch und pädagogisch notwendigen Schul- und Schulnetzstruktur im Mittelpunkt der Bedarfsplanung.

Zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und zur Sicherung der Bildungsqualität werden wir alle vorhandenen Ressourcen besser nutzen.

Wir werden den derzeit geplanten Stellenabbau auf der Grundlage einer Analyse des langfristigen Lehrerbedarfs angemessen vermindern. Dabei sollen ältere Lehrerinnen und Lehrer günstige Möglichkeiten haben, analog zum öffentlichen Dienst in den Vorruhestand zu gehen.

Durch den Aufbau einer rasch und flexibel einsetzbaren Lehrerreserve werden wir längerfristigen Stundenausfall verhindern.

Wir werden einen langfristig verbindlichen Einstellungskorridor schaffen. Damit sichern wir eine Perspektive für junge und innovative Pädagogen. Die Einstellungsmodalitäten für junge Pädagogen werden wir vereinfachen und verbessern.



Zur Deckung des Bedarfs in Mangelfächern werden wir Lehrer für die entsprechenden Fächer weiterqualifizieren und fortbilden, sowie diese Lehrämter für „Seiteneinsteiger“ öffnen, insbesondere an berufsbildenden Schulen.

Wir streben einem Stellenabbau der Schulaufsicht und der Schulverwaltungen auf allen Ebenen entsprechend dem Rückgang der Schülerzahlen zugunsten derjenigen Pädagogen an, die direkt mit Schülern arbeiten.

Studienbewerber für Lehrämter werden wir frühzeitiger auf den zukünftigen Bedarf orientierten.

5. Eigenverantwortung stärken – Leistung und Wettbewerb fördern

Die nationale und internationale Entwicklung führt zur eigenverantwortlichen Schule.

Wir wollen die selbstgestaltete, selbstbestimmte und eigenverantwortliche Schule im Hinblick auf pädagogische Konzepte und Planungen, Personalgewinnung und -einsatz sowie Verwendung der materiellen Ressourcen und weitgehende Budgetierung. Die Entwicklung ist mit regelmäßiger Evaluierung zu verbinden. Die Lehrenden und Lernenden sollen in die Qualitätsentwicklung der Schulen konsequent einbezogen werden. Die Rahmenbedingungen, mit denen es der Einzelschule möglich wird, ein eigenes pädagogisches Profil zu gewinnen und ein Schulkonzept zu entwickeln und zu evaluieren, müssen erweitert werden.

Die erweiterte Selbständigkeit der einzelnen Schule und deren eigenverantwortliche Ausgestaltung vor Ort erfordern interne Rechenschaft und externe Kontrollsysteme zur Vergleichbarkeit der Bildungsangebote, Festsetzung von Qualitätsstandards, Weiterentwicklung der Lehrpläne. Standardsetzungen am Ende der Grundschule, Anforderungen an den mittleren Bildungsabschluss und an das Abitur werden extern vorgegeben, ohne dadurch die pädagogische Schwerpunktsetzung an der Einzelschule zu gefährden.

Die Darstellung der Ergebnisse der Leistungen von Schulen bei der Qualitätsentwicklung soll die öffentliche Würdigung, den Vergleich und die Diskussion über die Arbeit der Schulen, ihrer Lehrer und Erzieher, ihrer Schüler- und Elternvertretungen sowie der Schulträger fördern. Wir wollen damit auch die Stellung der Lehrer in der Gesellschaft stärken.

Die Schulen und Lehrer müssen sich sehr viel stärker der Frage widmen, wie sie selber arbeiten, wie sie die Konzepte umsetzen und wie Arbeitsplätze und Arbeitsaufgaben der Pädagogen organisiert sind.



Schulen sollen hinsichtlich der Unterrichtsorganisation und des zeitlichen Rahmens der schulischen Arbeit größere Gestaltungsfreiheit erhalten. Im Rahmen der vorgegebenen Jahresstundentafeln sollen Schulen das Recht erhalten, schulspezifische Stundentafeln zu entwickeln, die lerngruppenbezogene und individuelle Profilierungen ermöglichen.

In Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht und der Schulverwaltung sollen das Personalmanagement, die Personalentwicklung einschließlich der Auswahl von Lehrerinnen und Lehrern sowie die Ressourcenverwaltung Aufgaben der Schule werden.

Eigenständige Schulen müssen ihre Stellen selbst ausschreiben können. Die Schulen entscheiden in Abstimmung mit den Eltern und den Schulkonferenzen im Rahmen ihres Budgets auch über die Gewinnung und den Einsatz von Personal für Arbeitsgemeinschaften, für kulturelle und sportliche Aktivitäten, für Förderung sowie für Arbeit mit ausländischen Schülern.

Leitungsfunktionen sind nach Möglichkeit auf Zeit zu vergeben.

Wir wollen für jede Schule umfassende Rechte der Budgetierung der Haushaltsmittel.

Die Zumessung des Budgets erfolgt nach Grundbedarf, Leistungskriterien und Berücksichtigung besonderer Aufgaben sowie sozialer Bedingungen.

Wir wollen, um Budgetierung als neuen Ansatz der Haushaltsführung auch gestalten zu können, gesetzgeberische Voraussetzungen schaffen, die es insbesondere in der Landeshaushaltsordnung und im kommunalen Haushaltsrecht ermöglichen, neue Möglichkeiten der Ressourcenbewirtschaftung zuzulassen. Wir werden die Budgetierungsklausel als eine mögliche Alternative zur bisherigen kameralistischen Haushaltsführung in die Gesetzgebung einführen.

Dadurch verändern sich die Aufgaben der Schulleitungen, der Schulaufsicht und Verwaltung. Schulleitungen sind für Aufgaben des Verwaltungs- und Personalmanagements zu qualifizieren. Schulaufsicht und Schulverwaltung müssen Berater und Dienstleister für selbstverwaltete Schulen werden. Dies führt zu weniger Bürokratie und zugleich zu einer effektiveren Verwendung der Gelder.

Leistungsfunktionen sind unter Beteiligung der Schulkonferenz der jeweiligen Schule zu besetzen.

6. Begabungen frühzeitig entdecken und entwickeln – Vielfalt der Fähigkeiten und Talente fördern

Die Lernchancen des Einzelnen und die Entwicklungschancen von Gesellschaft und Wirtschaft hängen entscheidend von der Förderung aller verfügbaren Begabungen in unserer Gesellschaft ab. Wir wollen die Vielfalt unterschiedlicher Begabungen und Talente frühzeitig entdecken und fördern, um das Selbstwertgefühl und die Lebensperspektive aller Schüler zu stärken. Wir wollen eine den individuellen Fähigkeiten und Talenten entsprechende differenzierte Leistungs- und Begabtenförderung ohne Ausgrenzung und ungerechtfertigte Privilegierung.

Die Thüringer Schulen müssen die Entdeckung und Förderung von Begabungen als pädagogisches Grundanliegen in ihre pädagogischen Konzepte aufnehmen. Sie erhalten die Möglichkeit, im Rahmen der Schulprofilierung Schwerpunkte der Begabtenförderung zu entwickeln, die auf mathematisch-naturwissenschaftlichem, technischem, künstlerischem, sprachlichem oder sportlichem Gebiet liegen können. Die Förderung von Talenten und Begabungen ist nicht allein auf Spezialgymnasien zu beschränken. Die Möglichkeiten der Bildung besonderer Klassen und Kurse sind generell zu erweitern.

Verstärkte Aufmerksamkeit werden wir der Förderung technischer und mathematisch-naturwissenschaftlicher Begabtenpotentiale von Mädchen schenken.

Hochbegabungen müssen frühzeitiger erkannt und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Biographien speziell gefördert werden. Das schließt die Möglichkeit besonderer Schullaufbahnen ein.

Wir wollen, dass außerunterrichtliche und außerschulische Zusatzangebote und attraktive Wettbewerbe und Olympiaden zielstrebig für die Begabtenförderung genutzt werden. Wir werden die personellen und materiellen Voraussetzungen dafür gemeinsam mit den Schulträgern verbessern.

7. Schulen als Lebens- und Lernstätten ganztägig öffnen – Ganztagsschulentwicklung fördern

Der gesellschaftliche Wandel führt zu veränderten sozialen und familiären Entwicklungsbedingungen für Kinder und Jugendliche. Daraus entstehen neue Anforderungen an die Schulen, sich über Unterricht hinaus ganztägig als Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsstätten zu öffnen.

Verlässliche Ganztagsangebote verbessern darüber hinaus die Möglichkeit der Eltern, Familie und berufliche Entwicklung miteinander zu verbinden. Sie steigern die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Thüringen.



Wir wollen die Schulen als kulturelle und gesellschaftliche Zentren ausbauen. Sie müssen als ganztägig offener Lebensraum für Heranwachsende dienen können.

Wir wollen ganztägige Angebote an allen Schulen ausbauen und bei Bedarf Ganztagschulen errichten. Wir setzen uns dafür ein, dass ein bedarfsgerechtes Angebot an Hortplätzen als familienergänzende und schulunterstützende Freizeiteinrichtung flächendeckend erhalten bleibt. Elternbeiträge für Sachkosten sind sozial verträglich zu begrenzen. Personalkostenanteile werden nicht mehr erhoben.

In allen weiterführenden Schulen sind außerunterrichtliche ganztägige Angebote auszuweiten. Eine stärkere Förderung materieller und personeller Ressourcen ist dafür unabdingbar. Zur schrittweisen und bedarfsgerechten Erweiterung von Ganztagsangeboten sind neben den Pädagogen auch Eltern, örtliche Vereine und Initiativen einzubeziehen. Die Schule muss als Partner von Gemeinden, Vereinen und Betrieben ein Ort der Begegnung und Kooperation werden. Angebote der Schulen für das Zusammenwirken mit dem sozialen Umfeld müssen ausgebaut werden.

Schulsozialarbeit ist ein integraler Bestandteil des schulischen Leistungsspektrums. Wir wollen entsprechende Modellprojekte stärker fördern. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot.

8. Wohnortnahe Schulen erhalten – Schulqualität an kleinen Schulen sichern

Schulen haben für die Lebensqualität einer Gemeinde eine hohe Bedeutung. Sie sind Orte der Identifikation für ein Gemeinwesen.

Die demographische Entwicklung in Thüringen, insbesondere die Halbierung der Geburtenzahlen, bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Entwicklung der Schulstandorte. Um dabei regionale Verwerfungen im Schulangebot zu vermeiden, werden wir die Fortschreibung der Schulnetzplanung in eine längerfristige Perspektive einbinden.

Kleine Schulen sind als leistungsfähige und in der Fläche tragfähige Schulformen organisierbar. Durch ein gutes Marketing des pädagogischen Konzepts werden wir die öffentliche Akzeptanz stärken und den Schulträgern damit neue Handlungsspielräume eröffnen. Dabei geht es nicht um Notlösungen, sondern um wünschenswerte pädagogische Entwicklungen.

Die Schulträger werden wir verstärkt über die Ergebnisse erfolgreicher Modellversuche informieren. Neue Landesleistungen und veränderte Rahmenbedingungen sollen Schulträger zur Überarbeitung ihrer Schulnetzkonzeption anregen. Dazu werden wir auch die Richtlinie zur Schulnetzplanung überarbeiten und die Schulträger entsprechend beraten.



Um die Schulqualität an kleinen Schulen zu sichern, werden die regionalen Netze der schulischen Fort- und Weiterbildung verstärkt und geeignete Lehr- und Lernmaterialien weiterentwickelt.

Im Rahmen der Schulnetzplanung ist die Beförderung zum Schulort kostenfrei zu sichern.

9. Den Lehrern und Erzieherinnen vertrauen – sichere Berufsperspektiven schaffen, Leistung belohnen, Arbeitsbedingungen verbessern, Fortbildung fördern

Qualität und Leistungsfähigkeit der Schulen werden wesentlich durch die Befähigung und Motivation von Lehrern, Erzieherinnen und sonderpädagogischen Fachkräften bestimmt. Vertrauen und Wertschätzung in die Arbeit der Schulen und Lehrenden durch die Öffentlichkeit sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schulentwicklung. Wir wollen die gesellschaftliche Anerkennung und den Stellenwert der pädagogischen Berufe erhöhen.

Durch ein verlässliches Personalentwicklungskonzept werden wir für die Pädagogen langfristig persönliche Sicherheit schaffen.

Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir mittelfristig eine Reform des bestehenden zugunsten eines leistungsbezogenen Besoldungs- bzw. Vergütungssystems für Lehrkräfte einführen. Das schließt eine Neubewertung der Lehrerarbeitszeit ein.

Wir unterstützen das Vorhaben, einen verbindlichen Stufenplan für die Angleichung der Ost-Gehälter zu entwickeln.

Auf der Grundlage von internen und externen Formen der Evaluierung muss ein transparentes System der Vergütung und Anerkennung geschaffen werden, das besondere Leistungen und besonderes Engagement von Lehrkräften würdigt. Dabei sind unterschiedliche Formen der ideellen und materiellen Anerkennung zu entwickeln, einschließlich der Anerkennung von Fortbildungsleistungen. In der Evaluation und Bewertung der Leistung der Lehrkräfte sind in geeigneter Weise die Schülerinnen und Schüler und die Eltern einzubeziehen.

Es ist ein System der kontinuierlichen, zielgerichteten und bedarfsorientierten Fortbildung von Lehrkräften zu entwickeln. Die verbindliche Fortbildung der Lehrkräfte muss ausgebaut werden, insbesondere auf dem Gebiet medienpädagogischer Kompetenz und der Gewaltprävention. Der Nachweis erworbener Kompetenzen soll künftig Voraussetzung für die Anerkennung der Bewährung und Beförderung von Lehrkräften sein.



Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss die pädagogische Aufgabe der Schule stärker berücksichtigen. Die Lehrerausbildung muss sich stärker auf die Erfordernisse der Schulpraxis ausrichten. Wir streben nach schulartübergreifendem stufenbezogenen Lehrereinsatz.

Der Anteil der Schulpraktika im Studium ist konsequent auszubauen. Neben der fachwissenschaftlichen Ausbildung sind Kompetenzen u.a. in Kommunikation, Beratung, Konfliktbewältigungsstrategien, Kooperation, pädagogischem und schulorganisatorischem Management und auch Medienkompetenz zu entwickeln und zu einem verbindlichen Bestandteil der Qualifizierungsnachweise und der Prüfungen zu erklären.

Die zwei Phasen der Lehrerausbildung sind enger zu verbinden und mit der dritten Phase, der Lehrerfortbildung, zu verknüpfen.

Bei der Organisation und Koordinierung der Fortbildung wird das Thüringer Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien weiter gestärkt.

10. Schulen kommunal vernetzen – Schulen sanieren und modern ausstatten

Die kommunal eingebundene Schule bietet die Chance eines Treffpunktes der Generationen. Das verlangt ihre Vernetzung mit der örtlichen Wirtschaft, mit den Kultur- und Sportvereinen, mit den Trägern der Sozial- und Jugendarbeit. Damit können Schulen zu entscheidenden Impulsgebern und zu Orten werden, an denen sich gemeinschaftlicher Zusammenhalt und Einbindung bürgerschaftlichen Engagements praktizieren lassen.

Wir wollen die integrative Wirkung der Schulen zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus, zwischen Eltern, Lehrern, Erzieherinnen und Kindern stärken. Sozialdemokratische Bildungs- und Kommunalpolitik wird diesen Vernetzungsprozess initiieren und begleiten.

Wir werden über gezieltes Qualitätsmanagement und Ausgleichsmaßnahmen die Attraktivität und Akzeptanz aller Schulen auf ein gleiches Niveau heben und dadurch Chancengleichheit zwischen den Schulen herbeiführen.

Die Trennung der den Schulträgern und dem Land zugewiesenen Angelegenheiten der Schulfinanzierung muss überwunden werden. Dabei darf es zu keiner weiteren Lastenverschiebung zu Ungunsten der kommunalen Aufgabenträgern kommen.

Wir wollen die Schulträger durch Programme der anteiligen Landesförderung zu weiteren Investitionen bei der Schulsanierung und bei der Modernisierung der Ausstattung der Schulen stimulieren. Deshalb werden wir ein zusätzliches Förderpro-



gramm des Landes in Höhe von jährlich 100 Millionen DM für alle Schulbautypen auflegen, mit dem die Schulträger zu ergänzendem eigenen Mitteleinsatz angeregt werden.

Dabei soll die uneingeschränkte Entscheidungskompetenz für die Schulträger im Interesse der Auswahl regionaler Sanierungsschwerpunkte gewahrt bleiben. Eine weitere Erhöhung der Mittel für Schulbau und Schulsanierung wollen wir durch ein Zinssubventionsprogramm, durch die Öffnung des Investitionsförderungsgesetzes und durch Förderprogramme der EU bewirken.

Wir werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Eigeninitiativen der Schulen bei der Suche nach Förderern und Sponsoren erweitern, um mit Unterstützung der Wirtschaft das Schulleben und die Schulausstattung stärker zu fördern. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten sollen in breiterem Maße ermöglicht werden. Wir werden mit geeigneten Maßnahmen die Rolle der Schulfördervereine stärken.

(Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Positionspapier gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.)